

Antrag 1: Verbesserung der ÖPNV-Anbindung nach Braunschweig mit stärkeren Abend-, Nacht- und Wochenendverbindungen

Antragsteller:

Junge Union Landesvorstand Braunschweig

Beschlussvorschlag:

Die Erreichbarkeit der Stadt Braunschweig als Oberzentrum des Landesverbandsgebietes mit öffentlichen Verkehrsmitteln soll aus allen Regionen verbessert werden. Insbesondere Abend-, Nacht- und Wochenendverbindungen sollen gestärkt, Anschlüsse verbessert und verlässliche Rückfahrmöglichkeiten geschaffen werden.

Begründung:

Braunschweig ist als größte Stadt im Landesverbandsgebiet ein zentraler Ort für Bildung, Ausbildung, Studium, Arbeit, Kultur, Freizeit und politisches Engagement. Viele junge Menschen aus der gesamten Region fahren regelmäßig nach Braunschweig und sind dabei auf Bus und Bahn angewiesen.

Gerade abends und am Wochenende zeigt sich jedoch häufig, dass Verbindungen aus den ländlicheren Regionen unzureichend sind oder passende Rückfahrmöglichkeiten fehlen. Wer am Vereinsleben, an Veranstaltungen, am Ehrenamt oder am gesellschaftlichen Leben teilnehmen möchte, darf nicht darauf angewiesen sein, ein eigenes Auto zu besitzen.

Daher braucht es eine bessere Taktung, gut abgestimmte Anschlüsse sowie stärkere Abend-, Nacht- und Wochenendverbindungen in Richtung Braunschweig und zurück in die Region.

Antrag 2: Konsequentes Vorgehen gegen illegale Graffiti im öffentlichen Raum

Antragsteller:

Junge Union Landesvorstand Braunschweig

Beschlussvorschlag:

Das Vorgehen gegen illegale Graffiti im öffentlichen Raum soll verstärkt werden. Dazu sollen insbesondere in den Städten des Landesverbandsgebietes Prävention, schnelle Entfernung, konsequente Verfolgung und eine bessere Unterstützung betroffener Eigentümerinnen und Eigentümer ausgebaut werden.

Begründung:

Illegale Graffiti sind kein Kavaliersdelikt, sondern Sachbeschädigung. Sie beeinträchtigen das Stadtbild, verursachen hohe Kosten und sorgen dafür, dass sich öffentliche Räume weniger gepflegt und sicher anfühlen.

Gerade Bahnhöfe, Innenstädte, Unterführungen, Schulwege und öffentliche Gebäude sind häufig betroffen. Wer möchte, dass junge Menschen sich gerne in ihrer Stadt aufhalten, muss auch dafür sorgen, dass öffentliche Räume sauber, sicher und einladend bleiben.

Das Vorgehen gegen illegale Graffiti soll konsequenter ausgestaltet werden. Dazu gehören eine schnelle Entfernung, bessere Präventionsmaßnahmen, klare Zuständigkeiten sowie eine stärkere Zusammenarbeit von Kommunen, Polizei, Verkehrsbetrieben und Eigentümerinnen und Eigentümern. Gleichzeitig sollen legale Flächen für Streetart dort ermöglicht werden, wo sie sinnvoll sind. Kunst im öffentlichen Raum darf jedoch nicht auf Kosten anderer Menschen oder der Allgemeinheit entstehen. Eigentum muss respektiert und illegale Sachbeschädigung konsequent geahndet werden.

Antrag 3: Null-Toleranz gegen Gewalt an Schulen

Antragsteller:

Junge Union Landesvorstand Braunschweig

Beschlussvorschlag:

Schulen sollen sichere Orte des Lernens, der Persönlichkeitsentwicklung und des Miteinanders sein. Gewalt an Schulen ist daher konsequent zu bekämpfen. Dazu braucht es klare Regeln, verbindliche Schutzkonzepte, schnelle Meldewege, Unterstützung für Lehrkräfte sowie konsequente Maßnahmen gegen körperliche Gewalt, Bedrohungen, Mobbing und Einschüchterung.

Begründung:

Gewalt an Schulen darf nicht toleriert werden. Prävention und pädagogische Angebote sind wichtige Bestandteile schulischer Arbeit, müssen jedoch durch klare und spürbare Konsequenzen ergänzt werden. Wer Gewalt ausübt, Mitschülerinnen und Mitschüler bedroht oder Lehrkräfte angreift, muss erfahren, dass solches Verhalten nicht akzeptiert wird.

Dazu gehören verbindliche Schutz- und Präventionskonzepte, eine bessere Zusammenarbeit zwischen Schulen, Eltern, Jugendämtern und Polizei sowie niedrigschwellige Meldewege für Betroffene. Lehrkräfte und Schulleitungen brauchen dabei Rückendeckung, klare Handlungsmöglichkeiten und verlässliche Unterstützung.

Antrag 4: Besserer Schutz jüdischen Lebens in Deutschland

Antragsteller:

Junge Union Landesvorstand Braunschweig

Beschlussvorschlag:

Der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland muss weiter gestärkt werden. Antisemitismus, Bedrohungen und Gewalt gegen Jüdinnen und Juden sowie gegen jüdische Einrichtungen sind konsequent zu bekämpfen, zu verfolgen und zu ahnden. Jüdisches Leben muss in Deutschland sichtbar, sicher und selbstverständlich möglich sein.

Begründung:

Es ist nicht hinnehmbar, wenn Jüdinnen und Juden Angst haben müssen, ihre Religion offen zu leben, jüdische Symbole zu tragen oder jüdische Einrichtungen zu besuchen.

Der Schutz jüdischen Lebens ist eine besondere Verantwortung unseres Staates und unserer Gesellschaft. Antisemitismus darf niemals verharmlost oder relativiert werden – egal, aus welcher politischen, religiösen oder gesellschaftlichen Richtung er kommt.

Deshalb braucht es eine konsequente Ahndung antisemitischer Straftaten, einen besseren Schutz jüdischer Einrichtungen sowie eine klare Haltung gegen jede Form von Juden Hass. Dazu gehören starke Sicherheitsbehörden, politische Bildung und eine klare Rückendeckung für jüdische Gemeinden. Unsere Demokratie muss wehrhaft sein. Wer jüdisches Leben angreift, greift auch unsere freiheitliche Ordnung und die Werte unseres Landes an.

Antrag 5: Mehr Polizeipräsenz an Bahnhöfen und zentralen Plätzen in Niedersachsen

Antragsteller:

Junge Union Landesvorstand Braunschweig

Beschlussvorschlag:

Die Polizeipräsenz an Bahnhöfen, zentralen Plätzen und in Innenstädten im Landesverbandsgebiet soll erhöht werden. Ziel ist es, das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, Straftaten vorzubeugen und konsequent gegen Kriminalität, Gewalt, Belästigungen und Vandalismus im öffentlichen Raum vorzugehen.

Begründung:

Bahnhöfe, zentrale Plätze und Innenstädte sind Orte des täglichen Lebens. Gerade junge Menschen, Auszubildende, Studenten und Pendler sind dort regelmäßig unterwegs. Sie müssen sich im öffentlichen Raum sicher bewegen können.

In vielen Städten nehmen jedoch Unsicherheitsgefühle, Vandalismus, Belästigungen und Gewalt an bestimmten Orten zu oder werden zumindest stärker wahrgenommen. Der Staat darf sich aus diesen Räumen nicht zurückziehen. Sichtbare Präsenz von Polizei und Ordnungsdiensten schafft Vertrauen, wirkt präventiv und ermöglicht schnelles Eingreifen. Sicherheit ist Voraussetzung für Freiheit und Teilhabe. Öffentliche Räume müssen allen Bürgerinnen und Bürgern offenstehen.